

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR KULTUR,
BILDUNG UND SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
27. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
24.06.2020

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 24.06.2020

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 16:30 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2020
2. OGS Beitragssatzung
3. Seniorensownachmittag 2020
4. Straßenbenennungen
5. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2020 gem. § 36 GeschO betr. Kinder und Familien nicht alleine lassen - Betreuung in den Sommerferien anbieten und ausweiten
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer SPD
Frau Claudia Burghardt SPD
Herr Dr. Sascha Derichs SPD
Herr Josef Fröschen CDU

Herr Wolfgang Gudduschat FDP-USPD

als persönlicher Vertreter für
Stadtverordneten Wörthmann

| | | |
|------------------------|-----|--|
| Herr Walter Junker | CDU | als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Brade |
| Herr Dietmar Lux | CDU | |
| Herr Wolf-Sören Radtke | CDU | |

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

| | | |
|------------------------------|------------------------|--|
| Herr Hans-Josef Krawanja | SPD | als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Schmalen |
| Frau Monika Lux | CDU | |
| Herr Pascal Rick | CDU | als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten L. Kohnen |
| Frau Angela Suchan-Reinhardt | Bündnis 90/ Die Grünen | |

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

| | | |
|------------------------|-----------------|--|
| Frau Sibille Breiler | CDU | |
| Herr Lars Kleinsteuber | SPD | als persönlicher Vertreter für sachkundigen Einwohner Ehmig |
| Herr Josef Switalla | CDU | |
| Frau Marion Wissing | B'90/Die Grünen | |

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr stv. Schulleiter Andreas Hengelbrock als Vertreter für Schulleiterin Schaffrath
GGG Frelenberg
Frau Ruth Ikier, Vertreterin der kath. Kirche
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex
KGS Übach
Frau stv. Schulleiterin Katja Ritter als Vertreterin für Schulleiterin Egner-Walther
Lindenschule Boscheln
Frau stv. Schulleiterin Brigitte Wanzek
GGG Palenberg

Abwesende sachkundige Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings UWG

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Konrektor Dietmar Deuster Städtische Realschule
Herr Schulleiter Stephan Gericke Willy-Brandt-Gesamtschule
Herr Schulleiter René Heeg KGS Scherpenseel
Herr Schulleiter Dr. Hans Münstermann Carolus-Magnus-Gymnasium
Herr Gerd Schindler, Vertreter der ev. Kirche

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Herr Stadtinspektor Alexander Mainz
Frau Marion Dalmisch
Frau Stadtamtsinspektorin Martina Waliczek

Gäste:

Frau Corinna Weinhold UWG

als Vertreterin der UWG ohne Stimmrecht

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter der Schulen, Verwaltungsbedienstete, die Vertreterin der Presse sowie die Zuschauer. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest. Er informierte darüber, dass der Vertreter der UWG-Fraktion sowie dessen Stellvertreter beide verhindert seien. Er fragte den Ausschuss, ob Stadtverordnete Weinhold für die UWG-Fraktion Rederecht in der Sitzung erhalten könne. Dagegen erhoben sich keine Einwände.

Anschließend nahm **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** die Verpflichtung der neuen Vertreterin der katholischen Kirche, Ruth Ikier, vor.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltungen richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.04.2020

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 29.04.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 OGS Beitragssatzung

Bürgermeister Jungnitsch informierte, dass ihm eine Liste mit 1344 Unterschriften gegen die OGS Beitragssatzung von der Elterninitiative „ElternAmLimit!“ übergeben worden sei.

Die **CDU-Fraktion** verwies auf ihren Antrag an den Rat der Stadt Übach-Palenberg zum Thema OGS Beitragssatzung und beantragte den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an die noch folgenden Gremien zu verweisen. Sie unterstütze grundsätzlich die Verwaltungsvorlage, überlege aber auch, die OGS generell für Eltern kostenlos zu machen. Aufgrund der neuen Erkenntnisse aus der Elternschaft sehe sie jedoch auch das Erfordernis, die OGS Beitragssatzung im Rahmen eines Arbeitskreises ausführlich zu überprüfen. Dies sei ein sehr zeitintensives Unterfangen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie gegen die ursprüngliche OGS-Beitragssatzung war und begrüßte die Entlastung weiterer Einkommensgruppen für das Schuljahr 2020/21 durch die 1. Änderungssatzung.

Sie verwies darauf, dass in der Anlage 1 immer noch der alte Tabellenentwurf aufgeführt sei und erkundigte sich, wie das Finanzierungsdefizit von circa 100.000 Euro ausgleichen werden könne. Die SPD-Fraktion könnte der Änderungssatzung zustimmen, da diese gerechter sei. Dennoch bedürfe es im Frühjahr einer Evaluation auf Grundlage der erhobenen Daten.

Stadtverordneter Radtke erläuterte, dass die geänderte Satzung seiner Meinung nach immer noch nicht ausgereift sei. Einkommensnachweise der Eltern als Grundlage zur Schaffung einer gerechten Satzung seien unabdingbar. Er beantragte die neue Satzung abzulehnen. Die neuen Regelungen für das Schuljahr 2020/21 sollten stattdessen per Bürgermeistererlass umgesetzt werden. Die einheitlichen Kosten in Höhe von 35,00 € für die Vormittagsbetreuung sollten gestrichen werden.

Die **Fraktion Bündnis90/Die Grünen** sprach sich gegen eine Vertagung aus. Die Angelegenheit falle in die Zuständigkeit des Ausschusses, daher solle dieser auch eine Empfehlung aussprechen.

Die **SPD-Fraktion** hielt fest, dass der Fachausschuss nicht umgangen werden sollte.

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass das Abfragen der Einkommensverhältnisse der Eltern ihrer Einschätzung nach sehr viel Zeit in Anspruch nehmen werde und sie die Ergebnisse nicht zeitnah zur Verfügung stellen könne. Anlage 1 der Sitzungsvorlage entspreche weiterhin der bereits beschlossenen Satzung, Paragraph 9 enthalte die Übergangsregelung gemäß des Verwaltungsvorschlages. Das Defizit werde in Rücksprache mit dem Kämmerer über die Position Sicherheitsdienst für Schulen kompensiert. Da die Person, aufgrund derer der Ansatz gebildet worden sei, sich derzeit nicht im Stadtgebiet aufhalte, würden entsprechende Ausgaben entfallen.

Die **CDU-Fraktion** zog ihren Antrag, den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an die noch folgenden Gremien zu verweisen zurück und bat um Abstimmung.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs ließ zunächst über den Antrag des Stadtverordneten Radtke Abstimmen:

Beschluss:

Die bestehende OGS Beitragssatzung wird aufgehoben.

Für das Schuljahr 2020/21 werden die Änderungsvorschläge der Verwaltung (Punkte 1 bis 3 und 5) in Form eines Bürgermeistererlasses umgesetzt.

Beiträge für die Vormittagsbetreuung werden nicht erhoben.

Die Einkommen der Eltern sind zu erheben und anschließend zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

7 Nein-Stimmen

2 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Sodann ließ **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Teilnahme von Schulkindern an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen offener Ganztagschulen und der Vormittagsbetreuung im Primarbereich (Beitragssatzung OGS/Vormittagsbetreuung Primarbereich) vom 18. Mai 2020 der Stadt Übach-Palenberg in der aus Anlage 1 ersichtlichen Fassung. Die als Anlage 1 beigefügte Satzungsänderung ist Bestandteil des Ratsbeschlusses (Anlage 1 ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

3 Seniorensownachmittag 2020

Die **SPD-Fraktion** verwies auf die ausführliche Sachverhaltsdarlegung in der Verwaltungsvorlage und hielt fest, dass niemand abschätzen könne wie die Lage im Oktober sei. Da die Senioren aufgrund ihres Alters der Risikogruppe angehören hielt sie fest, dass die Politik kein falsches Signal senden dürfe und plädierte dafür, die Veranstaltung ausfallen zu lassen.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** legte die **Verwaltung** das Meinungsbild der Vorsitzenden der Seniorenvereine, des Seniorenbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg sowie des Vorsitzenden des Senioren- und Behindertenbeirates dar.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass es schade sei, eine so tolle Veranstaltung abzusa-gen. Die Gesundheit der Senioren gehe jedoch vor.

Da ein einheitliches Meinungsbild im Ausschuss zu erkennen war, ließ **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** folgenden Beschluss fassen:

Beschluss:

Aufgrund der Ausnahmesituation im Hinblick auf das Coronavirus findet der Seniorensownachmittag im Jahr 2020 nicht statt.

Der Beschluss des Ausschusses vom 04.02.2020 „Im Jahr 2020 findet der Seniorensownachmittag am 21. Oktober statt.“ wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig bei einer Enthaltung.

4 Straßenbenennungen

Die **CDU-Fraktion** erläuterte die Straßenbenennungen und ging dabei auf den örtlichen und historischen Zusammenhang ein.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie die Straßenbenennungen ausführlich diskutiert habe, sich jedoch nur Punkt 5 der Beschlussempfehlung anschließen könne. Zu Punkt 1 der Beschlussempfehlung beantragte sie statt "Am Mariental" die Straße „Auf der Marienhöhe“ zu benennen. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Straßename könne aufgrund des gleichnamigen Baugebietes im unteren Teils Marienberg zur Verwirrung führen. Weiterhin hinterfragte sie die Benennungen unter den Punkten 2 bis 4 der Beschlussempfehlung. Sie plädierte dafür aufgrund der Größe nur einen Straßennamen für das Baugebiet Mariental zu bestimmen. Sie regte an, statt Namen topografische Begriffe bei der Namensgebung zu wählen. Sie beantragte statt der Namensgebungen unter den Punkten 2 bis 4 die Straßen im Neubaugebiet "Mariental" „An der Kolonie“ zu nennen.

Die **Verwaltung** ging noch einmal auf den Kontext der Straßenbenennungen ein und warb dafür, der Beschlussempfehlung zu folgen. Bezugnehmend auf die Straßenbenennung „Im Kauert“ im Stadtteil Übach riet sie davon ab, nur einen Straßennamen für ein Baugebiet zu wählen.

Die **CDU-Fraktion** berichtete über die offizielle Einweihung des Pastor-Hermann-Poll-Weges am Vortag und wie passend Straßennamen mit einem örtlichen und historischen Bezug seien. Sie bat um Abstimmung.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begann mit der Abstimmung.

Auf Hinweis der **SPD-Fraktion** unterbrach **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** die Sitzung, um die aufgrund der neuen Sitzordnung im PZ durchzuführende Stimmauszählung mit der Anwesenheitsliste abzugleichen. Im Anschluss stellte er den Tagesordnungspunkt in Einvernehmen mit dem Ausschuss zu finalen Beschlussfassung zur Abstimmung. Er ließ zunächst über die Anträge der SPD-Fraktion abstimmen:

1. Antrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Die Straße im Neubaugebiet "Marienhöhe" soll "Auf der Marienhöhe" heißen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

2. Antrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Die Straßen im Neubaugebiet "Mariental" sollen „An der Kolonie“ heißen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Sodann ließ **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** über die Beschlussempfehlung abstimmen:

Beschlussempfehlung:

- 1. Die Straße im Neubaugebiet "Marienhöhe" soll "Am Mariental" heißen**
- 2. Die Straßen im Neubaugebiet "Mariental" soll im Bereich des städtebaulichen Entwurfs dargelegte Nr. 1 - 11 sowie 21 und 22 "Hennes-Beckers-Straße" heißen**
- 3. Die Straßen im Neubaugebiet "Mariental" soll im Bereich des städtebaulichen Entwurfs dargelegte Nr. 12-20 "Schuster-Franken-Straße" heißen**
- 4. Die Straßen im Neubaugebiet "Mariental" soll im Bereich des im städtebaulichen Entwurf dargelegte Nr. 23 bis 37 „Betty-Pötter-Straße" heißen**
- 5. Der Bereich um das Denkmal in der Heerleener Straße soll offiziell die Bezeichnung „Hühnermarkt“ bekommen.**

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:

Einstimmig bei 6 Enthaltungen.

Zu 2:

8 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

4 Enthaltungen

Zu 3:

9 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

2 Enthaltung

Zu 4:
8 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Zu 5:
Einstimmig.

5 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2020 gem. § 36 GeschO betr. Kinder und Familien nicht alleine lassen - Betreuung in den Sommerferien anbieten und ausweiten

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erklärte eingangs, dass der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales laut Mitteilung der Verwaltung entscheidungsbefugt sei.

Anschließend verlas **Schriftführerin Gündling** den Antrag.

Die **SPD-Fraktion** erläuterte ihren Antrag.

Seitens der **Verwaltung** wurden die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Frau Marion Dalmisch, sowie Frau Natalie Schneider, Fachberatung der AWO für den Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe, begrüßt.

Frau Dalmisch stellte die Aktivitäten des Jugendzentrums vor, die trotz Corona während der Sommerferien durchgeführt werden können. Kurzfristige Informationen zum Ferienprogramm würden auf der Homepage der Stadt Übach-Palenberg veröffentlicht. Sie erklärte weiterhin, dass die bewährte Ferienbetreuung in Kooperation mit dem FUNtasie e.V. aufgrund der Corona-Pandemie bereits leider Mitte Mai abgesagt werden musste. Das Projekt „Fit in Deutsch“ könne jedoch erfreulicherweise durchgeführt werden.

Frau Schneider berichtete über die Situation in den Offenen Ganztagschulen (OGS) im Stadtgebiet während der Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Weiterhin informierte sie über das schon bestehende Betreuungsangebot im Bereich OGS in den Ferien. Unter Bezugnahme auf das Förderprogramm des Landes NRW merkte sie an, dass es so kurzfristig vor den Sommerferien kompliziert sei, die Bedarfe abzufragen und ein flächendeckendes Angebot anzubieten. Ebenso sei es schwierig die geltende Förderrichtlinie für die Träger der Ferienangebote zu erfüllen. Auf die Schnelle genug Personal zu finden, stelle die Organisatoren vor eine Herausforderung. Dennoch unterstütze die AWO die Idee hinter dem Förderprogramm und werde die Durchführung einer Notbetreuung prüfen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Kinder aus bildungsschwachen Familien unterstützen. Abschließend hielt sie fest, dass das durch Corona entstandene Defizit langfristig und verlässlich aufgearbeitet werden müsse. Dies schaffe man nur durch ein vernetztes Arbeiten zwischen allen Beteiligten.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion unterstütze, wenn die Beschlussempfehlung dahingehend angepasst werde, dass die Verwaltung gebeten und nicht beauftragt werde. Sie lobte die schon bestehenden Ferienangebote für Kinder und Jugendliche im Stadtgebiet.

Stadtverordnete Weinhold erklärte für die **UWG-Fraktion**, dass der Antrag der SPD-Fraktion inhaltlich in Ordnung sei, jedoch viel zu spät. Wenn die Verwaltung nicht schon selber die Initiative ergriffen hätte, wäre er nicht umsetzbar.

Die **Verwaltung** berichtete, dass die geplante Notbetreuung durch die AWO an das bestehende Betreuungsangebot der OGS anknüpfen werde. Wenn die AWO das entsprechende Personal zur Verfügung stellen könne, könne eine Notbetreuung in der 3. und 4. Ferienwoche angeboten werden. Da nur zwei und nicht drei Wochen Betreuung zustande kommen würden und diese nicht an allen OGS-Standorten angeboten werden könne, würden die Förderbedingungen voraussichtlich nicht erfüllt. Die Kosten müssten somit aus städtischen Mitteln bezahlt werden. Darüber hinaus sei es wichtig, auch nach den Sommerferien Angebote für Kinder mit Förderbedarf anzubieten, um die durch den Unterrichtsausfall entstandenen Defizite aufarbeiten zu können. Sie bat um die Zustimmung des Ausschusses für die geplante Notbetreuung und die Finanzierung aus städtischen Mitteln.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** begrüßte das umfassende Paket. Sie hielt fest, dass es wichtig sei, den ausgefallenen Unterricht zu kompensieren und entsprechende Möglichkeiten anzubieten.

Stv. Schulleiterin Ritter machte darauf aufmerksam, dass das Abfragen der Bedarfe bei den Eltern schwierig sei, da nicht alle Eltern digital zu erreichen seien und der Ferienbeginn vor der Tür stehe. Sie fragte, welches Personal die angedachte Förderung abdecken solle. Sie freute sich über die angedachte Kompensation und erklärte, dass die Schule bereit sei zu beraten und unterstützen.

Schulleiterin Pollex stimmte stv. Schulleiterin Ritter zu und äußerte ihre Zweifel, wie das Vorhaben umgesetzt werden solle. Die nicht voranschreitende Digitalisierung an den Schulen sowie fehlendes Personal würden die Umsetzbarkeit erschweren.

Die **Verwaltung** erklärte, dass sie und die AWO das zusätzliche Angebot publik machen würden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs hielt abschließend fest, dass alle Beteiligten die Unterstützung der Kinder und Familien in den Sommerferien wichtig sei und ließ folgenden Beschluss fassen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, für die Kinder und Familien in Übach-Palenberg alles Mögliche zu tun, um zusätzliche und umfangreiche Angebote zur Betreuung von Kindern in den Sommerferien anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

6 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

7 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** informierte, dass Herr Dietmar Deußner seit dem 25. Mai 2020 neuer Konrektor der Städtischen Realschule sei. Weiterhin lägen nun alle Anmeldungen für die Städtische Realschule vor. Aufgrund der 33 Anmeldungen könnten zwei Eingangsklassen gebildet werden.

Darüber hinaus berichtete die **Verwaltung**, dass die Erhebung von Elternbeiträgen im Bereich der OGS für die Monate Juni und Juli 2020 ausgesetzt werden solle. Hierzu bedürfe es wie in der Vergangenheit wieder einer Entscheidung des Rates.

Anfragen:

1. Anfrage der SPD-Fraktion:

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie ihre Anfrage erst in der Ratssitzung stellen werde.

2. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass sie die Kosten für die neuen Schilder an den Stadteingangsstraßen, die gemäß des Ratsbeschlusses vom 28.11.2019 aufgestellt worden, schriftlich mitteilen werde.

3. Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der **SPD-Fraktion** teilte die **Verwaltung** mit, dass sie aufgrund der zeitlichen Enge im Hinblick auf die folgende Ausschusssitzung schriftlich beantworten werde, ob es schon Anfragen seitens der Vereine bezüglich Hilfen im Rahmen der Coronakrise gegeben habe oder ob die Verwaltung aktiv auf diese zugegangen sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 18.40 Uhr die öffentliche Sitzung. Es lagen keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin